

Bundesrichter kassieren Söders Ausgangsbeschränkung

Juristische Niederlage für die bayerische Staatsregierung: Das Bundesverwaltungsgericht hat die Corona-Ausgangsbeschränkung vom April 2020 als unverhältnismäßig und unwirksam eingestuft.

Wir müssen über die „Tyrannei der Ungeimpften“ reden

Auszug aus einem Artikel von Jakob Hayner in der Welt

Um der Erinnerung auf die Sprünge zu helfen, hier eine anekdotische – sicher unvollständige! – Sammlung: „Es ist wichtig, den Ungeimpften eine klare Botschaft zu senden: Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben“, sagte der Politiker Tobias Hans (CDU), der knapp fünf Monate später die Wahl im Saarland verlieren sollte. „Ungeimpfte dürfen nicht als Minderheit die Mehrheit terrorisieren“, so Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Karl Lauterbach (SPD) sah später „das ganze Land in Geiselhaft dieser Menschen“.

Die damalige Berliner Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) riet der Bevölkerung ganz konkret, keinen Kontakt mehr zu Ungeimpften zu haben. Ungeimpften wird der Anspruch auf Lohn im Quarantänefall gestrichen. Ärzte geben bekannt, in ihrer Praxis Ungeimpfte nachrangig zu behandeln – oder schließen diese sogar aus. Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin schlägt vor, Ungeimpfte für ihre ärztliche Behandlung selbst zahlen zu lassen. Die Ungeimpften werden für die winterliche Überlastung der Kliniken verantwortlich gemacht. Pflegenotstand? Abbau von Intensivbetten? Kein Thema.

Später folgen Ausgangssperren für Ungeimpfte, liebevoll christlich auch „Advents-Lockdown für Ungeimpfte“ genannt. Außer ins Rathaus und in den Supermarkt dürfen die Ungeimpften, wie der damalige Noch-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in aller Schärfe verkündet, sowieso nirgendwo mehr hin. Als auch der Kinder-Impfstoff zugelassen ist, werden ungeimpfte Kinder in der Schule bloßgestellt und benachteiligt, in Brandenburg sogar noch im August 2022. Ungeimpfte Studenten werden von ihren Mitbewohnern aus der WG geekelt, die Universität dürfen sie in manchen Städten gar nicht mehr betreten. Ungeimpfte Obdachlose dürfen sich trotz klirrender Kälte nicht mehr in U-Bahnhöfen aufhalten. An Weihnachten werden Ungeimpfte von ihren Verwandten bei der Familienfeier vor die Tür gesetzt, Malu Dreyer (SPD), Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, gibt auf einer Pressekonferenz kurz vor dem Fest bekannt, dass Ungeimpfte „gar nicht feiern“ sollten.

Ungeimpfte in der Kirche zum Festtagsgottesdienst? Mancherorts unmöglich. Ein Journalistenkollege ereifert sich, dass es Ungeimpften nicht verboten ist, Weihnachtsbäume zu kaufen – tatsächlich dürfen sie das etwa in NRW nur durch eine gnädige Ausnahmeregelung von der strikten 2G-Norm. Eine Truppe Polizisten in Einsatzkluft stürmt in eine voll besetzte Kneipe in Berlin-Neukölln, blockiert alle Ausgänge und brüllt: „Sitzenbleiben! Impfausweise!“ Und im linksliberalen Feuilleton rasonieren irgendwelche Meisterdenker, die „Diskriminierung von Ungeimpften“ sei zwar hart, aber „ethisch gerechtfertigt“.

Wer sich nicht bloß als „Empfänger eines biotechnologischen Updates der Pharmaindustrie“ begriff, wie es der Politikwissenschaftler Simon Hegelich im WELT-Interview formulierte, geriet ins Abseits. Wer darauf beharrte, seinen Körper nicht nur vom Staat geleast zu haben – bei unbedingtem Gehorsam und pfleglicher Behandlung –, sondern tatsächlich selbst darüber bestimmen zu dürfen, wurde diffamiert. Die Wortführer dieser Kampagne schweigen bis heute über ihr politisches Versagen, das zugleich ein maßloses moralisches Versagen war.

Schlimmer als vor Corona?

Erkältungswelle rollt über Deutschland



t-online · Vor 17 Std.

Lauterbach: "Virus hat sich in Sackgasse mutiert"

👍 160 💬 31